

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 ppbn d

Inhalt

Annemarie Renger MdB,
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, weist die Strauß-Forderung nach Waffenlieferungen an Saudi-Arabien zurück: Keine Panzer für Riad.
Seite 1

Volker Jung MdB, Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD, setzt sich mit dem "Liberalen Manifest" der FDP auseinander: Fahrplan für die Reise in die Vergangenheit.
Seite 3

Helmut Rohde MdB kommentiert Blüms Forderung nach Wochenendarbeit: Samstags gehört Euer Vati mir.
Seite 5

40. Jahrgang / 37

22. Februar 1985

Keine Waffen für Saudi-Arabien

Die Bundesregierung sollte der Strauß-Forderung nach Panzer-Lieferungen deutlich entgegenreten

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

In einem Interview der neuesten Ausgabe der Zeitschrift "Wehrtechnik" hat sich der Bayerische Ministerpräsident, Franz-Josef Strauß, grundsätzlich bereiterklärt, den Leopard II und ähnlich moderne Waffen an Saudi-Arabien zu liefern.

Er betont zwar die besondere Verantwortung, die das deutsche Volk gegenüber dem Staat Israel und seinen Mitbürgern hat, weist aber andererseits darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland sich nicht alle Gesichtspunkte der offiziellen israelischen Politik zu eigen machen könne. Nun wird ohnehin niemand alles und jedes gutheißen, was die offizielle israelische Politik verbindet oder anstrebt. Es ist aber besonders erstaunlich, daß Franz-Josef Strauß ausgerechnet mit der Offerte des Leopard II seine anstehende Reise nach Israel in der kommenden Woche antreten will, die die besondere Sensibilität der Israelis herausfordern muß.

In der Vergangenheit habe ich schon häufig auf die verhängnisvollen Folgen von Waffenlieferungen in das nahöstliche Spannungsgebiet hingewiesen, daß zum Beispiel:

- solche Lieferungen die Rüstungsspirale in der Nahost-Region erneut höherschrauben;
- das labile militärische Gleichgewicht in der Region gefährdet wird;



- Waffenlieferungen in ein Land uns in Zugzwang für Lieferungen in andere Länder der Region bringen;
- die modernen komplizierten Waffensysteme uns in die unerträgliche Situation bringen könnten, auch militärische Experten in das Krisengebiet entsenden zu müssen.

Schließlich kann niemand garantieren, ob die Modernisierung des saudi-arabischen Waffenpotentials nicht zur Weitergabe von Waffen an andere Länder führt, die sicherlich niemand als "nahöstliche Ordnungsmächte" bezeichnen würde.

Auch wenn der Besuch König Fahds in Washington ein gewisses Anzeichen für neue politische Ansätze nicht ausschließt, sollte sich Optimismus in Grenzen halten.

Die Nahost-Frage scheint darüber hinaus wieder in Bewegung zu geraten. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die neuen Kontakte zwischen den Sowjets und den Amerikanern über Probleme in dieser Konfliktregion in einem Zusammenhang mit einer neuen Phase der Verhandlungsdiplomatie zwischen den beiden Großmächten zu sehen sind. Welchen Einfluß sie auf die direkt Beteiligten ausüben können, darf man nicht hoch genug ansetzen.

Es liegt aber auf der Hand, daß der israelische Ministerpräsident Shimon Peres in dieser Phase die israelischen Interessen nachdrücklich einbringen muß, um in der Zeit seiner Präsidentschaft alle Chancen zu nutzen, die Friedenspolitik mit den arabischen Nachbarn, einschließlich der arabischen Palästinenser, zu einem zumindest begrenzten Erfolg zu führen. In dieser diffizilen Phase sind alle Störungen, die von der Hauptsache ablenken könnten, mehr als schädlich. Das gilt ganz besonders für das Wiederinsspielebringen der Waffengeschäftsangebote durch Franz-Josef Strauß.

Die Bundesregierung wäre gut beraten, ein endgültig klärendes Wort zu den Äußerungen des CSU-Vorsitzenden zu sagen, dessen Partei ja schließlich Regierungspartei ist.

(-/22.2.1985/vo-he/rs)

+ + +



"Liberales Manifest"

FDP-Fahrplan für die Reise in die Vergangenheit

Von Volker Jung MdB

Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD

Der Wurmfortsatz des deutschen Liberalismus gibt sich ein neues gesellschaftliches Manifest. Es soll an die Freiburger Thesen aus jenen vergleichsweise glanzvollen Tagen anknüpfen, in denen der organisierte Liberalismus die gesellschaftspolitische Diskussion nicht unwesentlich beeinflusst hat.

Im Gegensatz zu den Freiburger Thesen von 1971, die zur programmatischen Fundierung des Bündnisses von Arbeitern und Bürgern beitrugen und die Politik der inneren Reformen stützten, ist das Manifest "Zukunftschance Freiheit" ein Dokument des Niedergangs. Der soziale Liberalismus ist zum Anarcho-Individualismus verkommen. Friedrich Naumann wurde gegen Max Stirner eingetauscht. Die "geistig-moralische Wende", die die FDP am konsequentesten - ohne Rücksicht auf ihre eigene Existenz - vollzogen hat, wird programmatisch unterfüttert.

Alles dreht sich um den Einzelnen und das Seinige. Das Gesellschaftsbild des Manifestes reduziert sich auf eine Vielzahl von Individuen, deren freie Entfaltung offenbar nur durch staatliche Gängelung unterbunden wird. Sozial strukturelle Probleme und die Existenz sozialer Gruppen - die einen privilegiert, die anderen unterprivilegiert - existieren nicht. Die Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums braucht dann auch gar nicht mehr gestellt zu werden. Heißt es in den Erläuterungen der Freiburger Thesen: "In einer Gesellschaft, in der Besitz und Geld der Schlüssel für alle Betätigung der Freiheit ist, ist die Frage des gesellschaftlichen Anteils an der Ertragssteigerung der Wirtschaft und am Vermögenszuwachs der Gesellschaft nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage: sie ist die Freiheitsfrage schlechthin", findet man dazu in dem neuen Manifest auch nicht den Hauch einer Andeutung.

Soziale Gerechtigkeit ist keine Kategorie, mit der sich Liberale heute auseinandersetzen. Struggle for life steht auf der Tagesordnung. Denn die Politik staatlicher Vorsorge und Wohlfahrt sei gescheitert: "Der Einzelne steht heute vor den Folgen einer Politik, die mehr Gleichheit und Glück wollte und mehr Unmündigkeit, Anonymität und Bürokratie bewirkt hat." Zu fragen wäre, ob die 2,6 Millionen statistisch erfaßten Arbeitslosen, die 1,3 Millionen der "Arbeitsmarktreserve", die es resigniert aufgegeben haben, Arbeit zu suchen, diejenigen, die in die "neue Armut" abgedrängt wurden, tatsächlich unter den bürokratischen Auswüchsen unseres Sozialstaates oder vielmehr unter einer Wirtschaftspolitik leiden, die die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen kann und will.

Es wird auch nicht der geringste Versuch unternommen, die Probleme der modernen Industriegesellschaft zu analysieren. Als habe es eine Diskussion über die Grenzen des Wachstums nie gegeben, so als stelle sich die Frage gar nicht, was heute noch sinnvoll wachsen kann und was nicht, setzt das neue Manifest unverdrossen auf die dynamischen Kräfte der Marktwirtschaft.

Freiheit - sie ist im Manifest gleichgesetzt mit Marktgeschehen. Die heute geradezu grotesk anmutende Gläubigkeit an die Selbstheilungskräfte des Marktes paart sich mit



einer Technikeuphorie, die für die Gefahren blind ist, die aus ihr erwachsen können. Beschäftigung, Umweltschutz, Bildung und soziale Sicherheit - alles soll der Markt richten.

In Wirklichkeit heißt das Verzicht auf bewußte gesellschaftliche Gestaltung. Es ist unerfindlich, wie durch Abbau von Arbeitnehmerschutzvorschriften - in der Terminologie des Manifestes heißt das "Einschränkung der Vertragsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt" - Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

Aber ernsthaft geht es auch gar nicht um den Abbau der Arbeitslosigkeit. Es geht um die sprachliche Übertünchung des sozial-darwinistischen Politikansatzes. Und darin leistet das neue Manifest beachtliches: Die Mitbestimmung soll verbessert werden - indem durch die gesetzliche Einrichtung von Sprecherausschüssen leitender Angestellter ein Instrument zu ihrer Aushebelung geschaffen wird. In der Sozialpolitik verhindert der anonyme Staat, daß sich Eigeninitiative und Verantwortungsbereitschaft entfalten können. Folglich werden mehr Eigenvorsorge, Selbstbeteiligung und Stärkung des Versicherungsprinzips verlangt. Wenn die heute Arbeitslosen mehr Vorsorge getroffen und größeren Wert auf ihre Bildung gelegt hätten, dann müßte der Staat - so soll man schlußfolgern - weniger Mittel zu ihrer Finanzierung aufwenden und könnte die Unternehmer weiter steuerlich entlasten.

Überhaupt: Die Wurzel allen Übels ist dem Manifest zufolge in der Staatstätigkeit zu sehen. Reichlich markig wird liberale Rettung verheißen: "Wir wollen die modernen Ketten abstreifen, die unsere Freiheit immer mehr abschnüren." Was da abgestreift werden soll, ist wohl etwas anderes, nämlich die politische Verantwortung für die Gesellschaft als ganzes. Was verordnet wird, heißt: freie Bahn dem Tüchtigen, weg mit der kollektiven Verantwortung.

Das solchermaßen von staatlicher Vor- und Fürsorge und anderer Gängelei befreite, in seiner Vertragsfreiheit gestärkte Individuum hat dann nur noch eines zu befürchten: "wachsende Organisationsmacht". Gemeint ist damit die kollektive Vertretung von Arbeitnehmerinteressen durch die Gewerkschaften, der durch "klare Regeln für Arbeitskämpfe" Fesseln angelegt werden sollen. Wenn die Lasten der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise aus neuester liberaler Rason auf die benachteiligten Bevölkerungsgruppen, insbesondere auf die Arbeitnehmer und ihre Familien abgewälzt werden müssen, dann müssen - keineswegs unlogisch - ihre "Selbsthilfe"-Organisationen geschwächt werden.

Effizienter und humaner Kapitalismus - das war die Intention der Freiburger Thesen. Das "Liberale Manifest" hat daraus den Humanismus gestrichen. Übrig bleibt schlicht: Kapitalismus.
(-/22.2.1985/vo-he/rs)

+ + +



Samstags gehört Euer Vati mir

Die Bundesregierung und das Wochenende

Von Helmut Rohde MdB

Der Bundesarbeitsminister macht sich den Jux, dauernd einen Hund durchs Dorf zu jagen und sich in der darüber aufgeregten Öffentlichkeit zu sonnen. Nur: Er ist dabei, das soziale Klima der Bundesrepublik durch seine Eskapaden auf jenen Hund zu bringen, der inzwischen offensichtlich zu seiner stärksten Hausmacht geworden ist.

Vor zwei Jahren ließ er ausrufen, eine "Lohnpause" müsse her, und zwar eine deftige. Jetzt jammert er unaufhörlich, die Kassen der Sozialversicherung seien leerer geworden, weil der Lohnanstieg der jüngsten Vergangenheit so gering gewesen sei. Die Pause hat ihn eingeholt.

Feiern ließ sich der Bonner Minister dann damit, daß er eine neue "Ära der Vernunft" in der Krankenversicherung eingeleitet habe. Davon ist inzwischen nicht mehr die Rede. Die Beiträge gehen hoch. Die Kosten der Krankenversicherung überwuchern die Finanzen des sozialen Sicherungssystems. Die Bundesbank schlägt Alarm.

Anschließend hat der Arbeitsminister - scharf an den Gewerkschaften vorbei - das Arbeitsvertragsrecht, Schutz- und Kündigungsrecht gesetzlich ausgehöhlt. Inzwischen bestückt er seinen Köcher mit Pfeilen für einen neuen "Gewerkschafts-Pluralismus" in den Betrieben. Zu Lasten der Einheitsgewerkschaften, wie ihm DGB-Kollegen vorrechnen.

Jetzt hat Blüm erneut ausgeholt und sich dem Wochenende zugewendet. Den Familien hat er klargemacht: Samstags gehört Euer Vati mir. Maschinen müssen laufen, Chips rotieren. Die Sozialausschüsse der CDU, deren Vormann er ist, winden und wenden sich. Sie finden es immer schwerer, zu erklären, wieso eigentlich die Einfälle des Bundesarbeitsministers das Leben von Arbeitern und Angestellten blumiger, fröhlicher und erbaulicher machen sollen.

Im Ernst: Vier Jahrzehnte haben die Gewerkschaften als Tarif- und Sozialvertragspartner Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen im Blick auf die industriegesellschaftliche Entwicklung mitgestaltet. Die Tarif- und Arbeitsverträge, die Arbeits- und Sozialbeziehungen der Bundesrepublik gewannen auch internationales Ansehen.

Die Gewerkschaften sind es jetzt offensichtlich leid geworden, sich dauernd Solos vom Amtssessel vorspielen zu lassen. Statt mit ihnen zu reden, die Erfahrungen dieses sozialen Vertragspartners zu hören, werden sie dauernd von Bonn belehrt. Wer nicht glaubt, ist verdächtigt, zumindest altmodisch. Bangemanns Beifall gilt im Bonner Kabinett offensichtlich mehr als gewerkschaftliche Erfahrungen.

Wie wäre es eigentlich, wenn der Bundesarbeitsminister seinem Publicitäts-Dackel mal Ruhe gönnen und sich an jene Probleme der Sozialversicherung machen würde, die immer mehr anbrennen? Das wäre eigentlich seines Amtes. Möglicherweise ist ihm das aber zu tierisch ernst.

(-/22.2.1985/vo-he/rs)

+ + +

